

## Statement im Rahmen des Budgethearings am 10.11.2023

Sehr geehrter Herr Bundesminister, sehr geehrter Herr Obmann, sehr geehrte Abgeordnete,

so verständlich, wie die hohen Defizite in den Krisenjahren waren, so wenig nachvollziehbar ist eine Fortsetzung der Schuldenpolitik bis ins Jahr 2027. Der Strategiebericht weist weiterhin hohe Defizite und eine stabile Schuldenquote für die kommenden vier Jahre vor, ohne eine Aussicht auf Verbesserung. Da die nächste ausgabenbelastende Krise jederzeit eintreten kann, müssen die öffentlichen Budgets entsprechend auf solch eine Situation vorbereitet werden. Wer in „guten“ Zeiten nicht vorsorgt und Sicherheitspolster aufbaut, wird in schlechten Zeiten keinen fiskalischen Spielraum zur Verfügung haben.

Als ich diese Rede geschrieben habe, war schnell klar, dass ich einige Teile nicht neu schreiben muss. Ich zitiere aus meinem letztjährigen Statement:

„Das Budget 2023 (2024) führt vor Augen, was auf Österreich, aufgrund des demographischen Wandels zukommen wird. Die Ausgaben für den Zuschuss zu den Pensionen sowie die Beamtenpensionen steigen mittelfristig auf 33 Milliarden (*heuer sind es bereits 35 Milliarden*), eine Zunahme um 10 Milliarden Euro – der Anstieg ist beinahe so hoch, wie die gesamten Bundesausgaben für Bildung. Die schlechte Nachricht: ein Ende ist noch nicht erreicht. Bis zum Jahr 2035 werden erstens die Ausgaben für Pensionen noch weiter zunehmen und als Anteil am BIP um knapp 2 Prozentpunkte höher als 2019 sein. Zweitens steigen auch andere demographieabhängige Ausgaben – in den Bereichen Pflege und Gesundheit – bei letzterem entfallen knapp 50 Prozent der Ausgaben auf die Gruppe der über 65-jährigen. Insgesamt werden für diese drei Bereiche mehr als 25 Prozent der Wirtschaftsleistung gesamtstaatlich aufgewendet. Das bedeutet

im Klartext, dass wir in den kommenden Jahrzehnten mehr als ein Viertel der gesamten Leistungen aller österreichischen Unternehmen und ArbeitnehmerInnen dafür benötigen, um insbesondere die schnell alternde Gesellschaft zu unterstützen.“

Die Probleme der Pensionsversicherung lassen sich aber nicht mit dem Anstieg des faktischen Antrittsalters lösen. Dies führt zwar kurzfristig zu einer Entspannung, doch geringere Abschläge und höhere Pensionsansprüche erhöhen die Kosten in den Folgejahren. Nur durch eine Anpassung des gesetzlichen Antrittsalters kann das Versicherungsprinzip im Pensionssystem wieder gestärkt und der budgetäre Spielraum erweitert werden.

Auch an einer weiteren Stelle ergeben sich Parallelen zum Vorjahr. Ich zitiere erneut:

„Es schränken nicht nur die alterungsbedingten Ausgaben den finanziellen Spielraum für zukunftsorientierte Investitionen ein. In ähnlicher Weise erfolgt dies durch die steigende Zinslast. Diese Entwicklung ist insbesondere interessant, da noch vor Kurzem die Frage im Raum stand, ob sich die öffentliche Hand bei dem niedrigen Zinsniveau nicht deutlich stärker verschulden sollte – dies wurde auch von zahlreichen ÖkonomInnen argumentiert. Glücklicherweise wurde diesem, wie sich herausstellte, besonders kurzsichtigen Rat, nicht Folge geleistet. Denn nun steigt die Zinslast markant: nach dem Budgetentwurf auf beinahe 10 Milliarden im Jahr 2027.“ Jetzt wird uns vor Augen geführt, dass wir die Zeiten der niedrigen Zinsen nicht genutzt haben, um das Budget nachhaltig zu sanieren und wichtige Polster aufzubauen. Stattdessen stehen wir 2024 mit einer hohen Zinslast, einer hohen Abgabenquote und einer geringen Resilienz bei den öffentlichen Finanzen da.

Mit dem Aufruf zu mehr Budgetdisziplin und den notwendigen Reformen in Sachen Pensionen kommt man sich inzwischen vor wie Cato der Ältere. Mich würde es nicht stören, nächstes Jahr ein ganz anderes Statement vorzubereiten.

Was auch immer wieder zu hören ist, ist der Ruf nach neuen Steuern. Auch heuer ist eine Diskussion um eine Vermögenssteuer entbrannt. Man erhofft sich dadurch – entgegen empirischer Evidenz – hohe Einnahmen ohne negative Auswirkungen auf den bereits angeschlagenen Wirtschaftsstandort. Hierbei handelt es sich allerdings um ein Wunschdenken ohne wissenschaftliche Begründung. Wie die Engländer trefflich formulieren: *throwing money at the problem* – oder wie es auch hierzulande das Sprichwort gibt „Gutes Geld schlechtem hinterherzuwerfen“ haben zusätzliche Einnahmen ohne Strukturreformen ohnehin keine Aussicht auf Erfolg.

Ohne Strukturreformen wird sich auch der Standort nicht erholen können. Standortsicherung in Form einer Förderpolitik kann zwar wichtige Investitionen in Österreich unterstützen, jedoch keine Struktur- und Angebotspolitik ersetzen: Der Standort Österreich kann nur dann auf Dauer kompetitiv bleiben, wenn weitere Reformen umgesetzt werden, etwa im Bereich der Entbürokratisierung und Entlastung, aber auch was den schnelleren Ausbau der nicht-fossilen Energiequellen und insbesondere der Netze betrifft. Dadurch können Kostennachteile in der Produktion verringert und der Gefahr einer dauerhaften Deindustrialisierung entgegengewirkt werden. In diesem Sinne ist es zwar auch richtig, Unternehmen mit dem Energiekostenzuschuss zu unterstützen - wenn auch zu hohen budgetären Kosten - viel wichtiger ist es jedoch, dass uns eine solche Übergangslösung auch an ein Ziel führt.

Die Errichtung des Zukunftsfonds ist ein wichtiger Schritt zur Absicherung der notwendigen Investitionen etwa in den Bereichen Pflege und Elementarpädagogik. Allerdings müssen Ausgaben mit strengen Sanktionsmechanismen gekoppelt werden, da ansonsten ein weiterhin intransparenter und ineffizienter Umgang der Gebietskörperschaften mit dem Geld der SteuerzahlerInnen droht. Ein Zukunftsfonds ohne Sanktionen wird das Versprechen des effizienten Umgangs nicht einhalten können. Was dringend fehlt ist eine große strukturelle Reform des Finanzausgleichs. Es gibt kaum einen Bereich, wo das Potenzial für strukturelle Reformen höher ist. Um nur zwei Beispiele zu nennen: die Effizienz des Bildungssystems könnte massiv verbessert werden, wenn die bestehenden Mittel verstärkt aufgabenorientiert verteilt würden. Dies

betrifft insbesondere die Ballungsräume mit einem hohen Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund oder aus schwächeren sozioökonomischen Verhältnissen. Auch im Gesundheitswesen gibt es Spielraum für Effizienzverbesserungen, indem wir Ressourcen von teuren stationären Behandlungen auf Präventivmaßnahmen umleiten und eine bessere überregionale Planung einführen.

Der allgemeine Umgang mit dem Geld der SteuerzahlerInnen kann auch damit optimiert werden, dass Ländern und Gemeinden mehr Verantwortung für eigene Abgaben zugesprochen wird. Die Einnahmenautonomie ist mit höherer Transparenz und Rechenschaftspflicht verbunden und fiskalischer Wettbewerb führt, nach vielen empirischen Belegen, zu einer effizienteren Verwendung der Steuermittel. Das bedeutet: eine längst fällige Reform der Grundsteuer für die Gemeinden durch die Anpassung der Bemessungsgrundlage und eine erhöhte Einnahmenautonomie der Länder etwa bei der Einkommensteuer. Dies würde auch dazu führen, dass langwierige Verhandlungen beim Finanzausgleich entfallen, da es dann Länder und Gemeinden selbst in der Hand haben, die finanziellen Mittel aufzustellen. Und man könnte sich mehr auf andere wesentliche Aspekte wie die Aufgabenorientierung konzentrieren.

Es gibt im Budget aber auch einige Punkte, die positiv hervorzuheben sind. Wichtig ist, dass es erstens trotz hoher Inflation möglich war, die Budgets der Universitäten zu erhöhen. Das Budget für die neue Leistungsvereinbarungsperiode beträgt 16 Milliarden Euro und liefert einen wichtigen Beitrag zu Sicherung des Standortes. Gleichzeitig wäre es auch hier wichtig, nicht nur auf das Budget, sondern auch auf die Verwendungsweise zu achten. Eine effizientere Verteilung der verfügbaren Mittel auf die einzelnen Institutionen, etwa in Form von stärkerem Qualitätswettbewerb, und Verbesserungen in der Verbindung zwischen Grundlagenforschung und wirtschaftlicher Verwertung, insbesondere in Hinblick auf Patente und die Gründung von Spin-Offs, sind als wichtige Schritte zu nennen. Zweitens sind gerade in Zeiten geopolitischer Verwerfungen erfreulicherweise die Bereiche Sicherheit und Justiz mit zusätzlichen Mitteln ausgestattet worden. Schließlich ist die Erhöhung der Mittel für Gewaltprävention zu begrüßen.

Und dennoch fehlen in diesem Budget zwei wichtige Elemente: Zum einen ist das der Spielraum für Entlastungen. Die hohen Ausgaben für Zinsen und Pensionen schränken die Möglichkeiten der Entlastung ein und erschweren die wirtschaftliche Erholung. Zweitens liegen die Ausgabenschwerpunkte verstärkt auf konsumtiven Transfers. So stehen den über 30 Milliarden Euro Ausgaben für die Pensionen im Bundesbudget nur etwa ein Zehntel davon für Klima und Transformation gegenüber.